

Rudolf Walther

## Der »intellektuelle« Blick auf Europa

*Europa ist nach wie vor Ziel aufgeregter Kritik. Der Abgleich mit der Wirklichkeit reduziert diese aber zumeist auf populistische Verkürzungen und borniertes Ge-  
habe. Die nationale politische Klasse und die Medien bilden hierbei eine unheilige  
Allianz.*

Bei keinem Thema melden sich deutsche Intellektuelle so lautstark und gleichzeitig unqualifiziert zu Wort, wie wenn es um den Sozialstaat oder um Europa geht. Der konservative Politikwissenschaftler Arnulf Baring rief die Bürger vor einigen Jahren »auf die Barrikaden«, um das Land vor dem Sozialstaat zu »retten«. Jüngst ermunterte der Medienphilosoph Peter Sloterdijk in seinem »Bürgerlichen Manifest« die Besserverdienenden zum »fiskalischen Bürgerkrieg«. Zuletzt äußerte sich Hans Magnus Enzensberger – einer der weltläufigeren unter den deutschen Intellektuellen – zu Europa: Unter dem reißerischen Boulevard-Titel »Wehrt Euch gegen die Bananenbürokratie!« rechnete er mit Europa ab, wobei er buchstäblich keinen der vielen Gemeinplätze ausließ, die über Europa im Umlauf sind.

Sein Spielchen gegen Brüssel beginnt Enzensberger mit der Gegenüberstellung der 40.000 Beamten in Brüssel mit den 459 Millionen EU-Bürgern. Er spricht von einer angeblich doppelt so hohen Bezahlung, Extrapauschalen und Zulagen der Brüsseler Beamten. Präzises erfährt der Leser bei Enzensberger nicht. Die Gehälter für Brüsseler Beamte bewegen sich zwischen 2.400 und 17.000 Euro monatlich, sind also durchaus vergleichbar mit den Gehältern deutscher Beamter. Enzensberger sagt auch kein Wort zu der Tatsache, dass die Brüsseler Bürokratie keineswegs ein hybrider Wasserkopf ist, sondern – verglichen mit jenen der Nationalstaaten – mit einer eher schlanken Verwaltung auskommt, die oben-drein keine Vergleiche zu scheuen braucht in Sachen Professionalität und Effizienz.



**Rudolf Walther**

(\* 1944) ist Historiker und freier Publizist. Er arbeitet für Schweizer und deutsche Zeitungen und lebt in Frankfurt/M.

rudolf.walther@t-online.de

Dass man es in Brüssel mit dem Ausstoß von Papier in Form von Verordnungen, Direktiven und Richtlinien zuweilen etwas übertreibt, hat die EU-Kommission erkannt und unter Edmund Stoiber eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die den Bürokratieabbau auf breiter Front voranbringen soll. Die Rede vom »bürokratischen Moloch Brüssel« ist nichts als bodenloses Gerede. Enzensberger beruft sich in seiner Polemik auf den »gewöhnlichen Untertan«, der sich nicht mehr zurecht finde im organisatorischen Dschungel und ratlos bleibe gegenüber Kürzeln wie OSHA. Er suggeriert, irgendjemand oder eine Zeitung würde derlei kontextlos und ohne Auflösung zitieren. Und selbst wenn es eine Zeitung gäbe, die dies täte, löste jede Suchmaschine das Kürzel in Sekunden auf. Enzensbergers Pseudo-Argument ist schlicht demagogisch.

Wie jede Großorganisation verwendet auch die EU-Verwaltung Abkürzungen für ihre Behörden und deren Unterabteilungen. Mit dem ausgesprochen nützlichen *Europa-Lexikon* von Martin Große Hüttmann und Hans-Georg Wehling (*Verlag J.H.W. Dietz*) kann sich jeder Interessierte für ganze 18 Euro schnell einen Überblick über die EU-Verwaltung verschaffen. Es ist ein Konversationslexikon im besten Sinne,

d.h. es ermöglicht dem Leser, über Europa wirklich mitzureden und nicht einfach alte Vorurteile und Gemeinplätze zu wiederholen. OSHA steht für die »Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz«. Die ausgesprochen nützliche Agentur verfügt über ganze 43 Mitarbeiter und verwaltet einen Haushalt von 14,8 Millionen Euro, mit denen die Interessen von Millionen abhängig Beschäftigter vertreten werden. Es gibt übrigens 35 solcher nützlicher Agenturen, die über Budgets zwischen 3,4 und 319 Millionen Euro verfügen. Das Amt für die Harmonisierung des Binnenmarktes hat 643 Mitarbeiter und verbraucht keinen einzigen Euro Steuergelder, weil es sich ausschließlich aus Gebühren finanziert.

Zu Recht kommt Enzensberger auf das grundlegende Problem der EU zu sprechen – das allseits beklagte »demokratische Defizit«. Die Behauptung, in der EU »gibt es keine richtige Gewaltenteilung«, ist allerdings maßlos übertrieben. Die Gewaltenteilung in der EU ist defizitär, aber die Verantwortung dafür liegt nicht bei den Brüsseler Bürokraten, sondern bei den Einzelstaaten, die ihre Kompetenzen mit Klauen und Zähnen verteidigen – gegenüber dem EU-Parlament ebenso wie gegenüber der EU-Kommission. Der Haushalt der EU zeigt, wie diese an der langen Leine der Einzelstaaten geführt wird. Ganze 28 % des Haushalts stammen aus EU-Einnahmen (Zölle, Abgaben), 72 % der Gelder kommen von den Einzelstaaten. Mit großer Virtuosität beherrschen die Einzelstaaten die Kunst, die Verantwortung für alles, was in der EU schief oder gar nicht läuft, auf »Brüssel« abzuwälzen, obwohl sie an allen Entscheidungen direkt beteiligt sind. Den unlesbaren Vertrag von Lissabon – der EU-Ersatz-Verfassung – haben nicht die Brüsseler Eurokraten zu verantworten, sondern die Regierungen der Einzelstaaten, die nach den gescheiterten Referenden zum Verfassungs-Vertrag eine Minimallösung auf Biegen und Brechen durchsetzen wollten. Die

Brüsseler Beamten haben das Vertragsmonster auf Anweisung des Europäischen Rates verfasst, nicht aus eigenem Antrieb.

Natürlich kommt Enzensberger auch auf den »Regelungswahn« zu sprechen. Und immer wenn Populisten und Boulevardblätter auf die EU eindreschen, fehlt auch der Hinweis auf die Vorschriften über die Länge und Krümmung von Bananen oder wahlweise von Gurken nicht, um den »Brüsseler Wahnsinn« zu dokumentieren. Es hätte dem Intellektuellen Enzensberger nicht schlecht angestanden, statt dem Bananengassenhauer die wirkliche Bananenmarktordnung von 1993 anzuführen. Die gibt freilich für billige Polemik und Stimmungsmache gar nichts her, denn mit ihr schützt die EU Bananenproduzenten in Mittelamerika gegen das Dumping von US-amerikanischen Unternehmen.

### **»Europa ist tot, es lebe Europa!«**

Nach dem gescheiterten Verfassungs-Vertrag steht es schlecht um die EU. Jacques Delors, der ehemalige Präsident der EU-Kommission, brachte den Zustand der EU in einem Artikel zur 60. Wiederkehr des Gründungsaufrufs (9.5.1950) für die damalige EWG von Robert Schuman auf die paradoxe Formel: »Europa ist tot, es lebe Europa!« Zuletzt bei den Klima-Verhandlungen in Kopenhagen erwies sich Europa als unfähig, mit einer Stimme aufzutreten. In der Griechenland-Krise tritt die EU doppelzüngig auf: Sie will dem Land mit langfristigen Krediten helfen, an denen die kreditgebenden Länder kräftig verdienen, und ganz nebenbei sollen auch noch die privaten Banken, die sich mit dem Kauf griechischer Staatsanleihen verspekuliert haben, mit Steuergeldern herausgehauen werden. Private Verluste sollen sozialisiert werden. Daran ändert auch die PR-Aktion von Josef Ackermann (Deutsche Bank) gar nichts, denn er bietet nur »Hilfe« an, die ihn nichts kostet, dafür aber sein ramponiertes Image

aufmöbelt. Die gesamte Europa-Politik ist ebenso inkonsistent wie die faktische deutsche Exportförderung durch stagnierende oder gar sinkende Löhne im Inland und die gewaltige Ausdehnung des deutschen Niedriglohnsektors durch die rot-grüne und die Große Koalition. Die französischen Klagen sind berechtigt: Der deutsche Export in die Euro-Zone stieg zwischen 2000 und 2009 von 25 auf 28 %, während der französische von 16 auf 13 % sank. Die insgesamt unausgewogene Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik lähmt mittelfristig das Projekt Europa und verstärkt die Spannungen zwischen Gewinnern und Verlierern der europäischen Nicht-Politik, die vor konsistenten Maßnahmen zurückschreckt und alles den Markt regeln lässt. Delors fordert mit Recht eine Neudefinition der Regeln, die für die EU-Wirtschafts-, die EU-Währungs- und die EU-Finanzmarktpolitik gelten sollen. Bereits vor zehn Jahren machte er Vorschläge dazu, die alle versandeten. Die aktuelle Finanzkrise zeigt, wie dringend eine Neuordnung ist.

Dasselbe gilt für die gemeinsame Agrar-, Sozial- und Energiepolitik, die es faktisch nicht gibt. Die Kluft zwischen den Erwartungen von Bürgern, Gewerkschaften, einzelnen politischen Parteien und anderen gesellschaftlichen Organisationen auf der einen und der politischen Praxis der Amtsträger in den Mitgliedstaaten der EU auf der anderen Seite wird immer größer. Diese Kluft steigert das Misstrauen gegen die Politiker innerhalb der einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch – und das ist zumindest gravierend – zwischen den Staaten. In Frankreich wächst das Gespenst der Angst vor der wachsenden deutschen Vorherrschaft und Übermacht, und in der Bundesrepublik schürt nicht nur die Boulevardpresse das Gerücht, »der Zahlmeister Deutschland« werde von den romanischen Ländern finanziell ausgenommen. Beide nationalistischen Dynamiken sind für den Bestand der EU brandgefährlich. »Die Finanzkrise hat nationale Egoismen weiter

gestärkt, aber seltsamerweise die neoliberalen Überzeugungen der Hauptakteure nicht erschüttert« (Jürgen Habermas).

### Regierungen als Hemmschuh

Radikal simplifizierende Abrechnungen mit dem »Moloch Brüssel«, wie sie Enzensberger vorgetragen hat, befeuern nationale Ressentiments und Rückzüge aus Europa auch dann, wenn Enzensberger sich als überzeugter Europäer darstellt, der sich nur gegen »unsere schwerhörigen Vormünder in Brüssel, Straßburg und Luxemburg« zur Wehr setze. Gegen diese populistische Verkürzung wandte sich Jürgen Habermas jüngst dreimal – zuerst bei einer öffentlichen Veranstaltung der Reihe *philosophy meets politics* des Kulturforums der Sozialdemokratie, dann in einem Interview mit dem *Guardian* (30.4.2010) und zuletzt in einem *ZEIT*-Artikel (Nr. 21 vom 21.5.2010) mit der wohl begründeten These darüber, woran eine fortschreitende Integration ständig scheitert: »Der Hemmschuh sind die Regierungen, nicht die Bevölkerungen.« Während der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) Habermas ein gewisses Verständnis entgegenbrachte, reagierte der *ZEIT*-Journalist Bernd Ulrich mit genau jener Borniertheit, die Habermas der politischen Klasse ankreidet. Zur politischen Klasse gehören nicht nur die Regierenden, sondern auch jene Verwaltermentalitäten in den Medien, die »Realismus« mit Regierungsnähe und Öffentlichkeit mit einem Verlautbarungsritual verwechseln. Sie verteidigen – so Habermas – »das Vorrecht der Regierungen, über das weitere Schicksal Europas hinter verschlossenen Türen zu entscheiden«, während Habermas für mehr Öffentlichkeit plädiert sowie für eine Fortsetzung der Debatte über die Zielsetzung Europas, die Joschka Fischer in einer Rede im Mai 2000 unter dem Stichwort *Finalité* anstieß. Die Debatte versandete folgenlos.